

## Viele fuhren betrunken

**Fasnet** Polizei berichtet von wenig Randalen und einigen verlorenen Führerscheinen.

**Tübingen/Reutlingen.** Die Fasnet in den Kreisen Esslingen, Reutlingen und Tübingen verlief überwiegend friedlich. Das berichtet das für diese Landkreise zuständige Polizeipräsidium Reutlingen. Bei den meisten Veranstaltungen habe es keine nennenswerten Vorkommnisse gegeben. Vereinzelt mussten Beamte aber auch dieses Jahr einschreiten: „Insbesondere wegen Streitigkeiten und tätlichen Auseinandersetzungen, zu denen es infolge des steigenden Alkoholpegels der Besucher kam“, so die Polizei, die dennoch angesichts der großen Anzahl von Fasnet-Besuchern eine positive Bilanz zieht.

Überhaupt nicht zufrieden ist man beim Präsidium mit der Tatsache, dass sich wieder viel zu viele Autofahrer betrunken oder unter Drogeneinfluss ans Steuer setzten. Während der drei Wochen vor Fasnetsdienstag hat die Polizei bei Kontrollen 81 Verkehrsteilnehmer erwischt, die so stark alkoholisiert waren, dass sie mit dem Entzug der Fahrerlaubnis oder mit einem Fahrverbot rechnen müssen. 50 davon (2016 waren es 33) hatten einen so hohen Alkoholpegel, dass sie ihren Führerschein an Ort und Stelle abgeben mussten: Im Kreis Esslingen 28, im Kreis Reutlingen 14 und im Kreis Tübingen acht. Hatte die Polizei im Jahr 2016 noch zwölf Fahrzeugführer unter Drogeneinfluss am Steuer erappt, so stieg diese Zahl 2017 auf 31 an: 18 im Kreis Esslingen, sieben im Kreis Tübingen und sechs im Kreis Reutlingen.

Die Zahl der Verkehrsunfälle, bei denen die Polizei Alkohol als Unfallursache ausmachte, blieb mit 15 Unfällen und fünf Verletzten fast konstant. Im Landkreis Reutlingen gab es vier Unfälle mit zwei Verletzten, im Kreis Esslingen neun Unfälle mit zwei Verletzten und im Kreis Tübingen zwei Unfälle mit einem Verletzten. Im Landkreis Esslingen wurden wie schon 2016 zwei Unfälle mit Sachschaden erfasst, bei denen Drogen im Spiel waren.

## In der Apotheke Münzgeld gestohlen

**Tübingen.** Münzgeld hat ein Einbrecher in der Nacht zum Donnerstag in einer Apotheke am Tübinger Europaplatz erbeutet. Der Dieb verschaffte sich in der Zeit zwischen 19 Uhr am Mittwoch und 6.30 Uhr am Donnerstagmorgen über die Eingangstür gewaltsam Zugang zum Verkaufsraum. Bei seiner Suche nach Stehenswerten ließ er einen geringen Betrag Wechselgeld mitgehen. Ob auch Medikamente gestohlen wurden, war zunächst nicht klar. Kriminaltechniker sicherten Spuren und das Polizeirevier Tübingen hofft auf Zeugenhinweise unter der Telefonnummer 07071/8660.



Ein Lächeln für den Fotografen: Floresha, 37, Sokol, 43, Gentjan, 15, und Mateo, 13, Meti in ihrer Zwei-Zimmer-Unterkunft auf dem Sand. Bild: Metz

# Sie lassen neue Freunde zurück

**Balkan** Sie kam, weil sie medizinische Hilfe für ihren Sohn suchte. Nun muss Familie Meti zurück nach Albanien. Die Behörden nennen es „freiwillige Ausreise“. Von Christiane Hoyer

Im Internet schwärmen Touristen von den „offenen Menschen“ und der abwechslungsreichen Landschaft Albaniens. Wer dort lebt, berichtet von Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit. Die Familie Meti stammt aus Korça, einer Stadt im Südosten Albaniens mit 51 000 Einwohnern und vielen Stadtmärkten. Dort hat Sokol Meti den dürftigen Unterhalt für seine Familie verdient. Doch als Gentjans chronische Hautkrankheit immer schlimmer wurde und die Ärzte nicht mehr weiterhelfen konnten, entschied sich die fünfköpfige Familie zur Ausreise nach Deutschland. Hier konnte man dem heute 15-Jährigen helfen – mit Medikamenten, die es in Albanien nicht gibt, sagt Mutter Floresha.

Seit Juni 2015 leben die Metis mit ihren drei Söhnen in Tübingen. Die Jungens besuchten eine Vorbereitungsklasse, Gentjan und sein jüngerer Bruder Mateo gehen auf die Gemeinschaftsschule West. Sie fühlen sich wohl hier, erzählt die Mutter. Und: „Wir haben Freunde gewonnen und viel Hilfe bekommen“. Vor allem vom Arbeitskreis Flüchtlingshilfe im Französischen Viertel Tübingen, der sich immer wieder mit Aufrufen zur Unterstützung albanischer Familien im Französischen Viertel an die Öffentlichkeit gewandt hat. „Es war klar, dass Menschen aus sogenannten sicheren Herkunftsländern keine Chance haben, hier zu bleiben“, sagt Andreas Linder. Doch bei der Rückkehr in ihr Heimatland „stehen die meisten vor dem Nichts“.

Aus diesem Grund hatte die SPD-Fraktion des Tübinger Kreis-

tags die Einrichtung einer Rückkehrberatungsstelle im Landratsamt im Zuge der Etatberatungen 2017 beantragt. Hilfe bei der „freiwilligen Ausreise“ sei humaner als eine Abschiebung, erklärte Dieter Schmidt im Dezember 2016. Der SPD-Antrag bekam eine Mehrheit. Und im Haushalt 2017 sind dafür 38 690 Euro eingestellt. Doch seit-

„Viele Balkanrückkehrer stehen vor dem Nichts.“

**Andreas Linder**, AK Flüchtlingshilfe im Französischen Viertel

her ist nichts geschehen. Der Haushalt wurde erst in der zweiten Februar-Hälfte genehmigt, eine Stelle für die Rückkehrberatung ist noch nicht einmal ausgeschrieben.

So hilft der Südstadt-AK bei allen Formalitäten und im Alltag. Familie Metis Asylantrag wurde im Juli 2016 abgelehnt, ihr Eilantrag beim Verwaltungsgericht Sigmaringen am 20. Oktober ebenfalls. Kurz darauf musste Sokol Meti in die Psychiatrische Klinik eingewiesen werden. Ärzte bescheinigten ihm einen akuten psychotischen Schub, entließen ihn nach einem Monat mit der Maßgabe, dass er weiter behandelt und medikamentös überwacht werden müsse.

Ob Sokol Meti noch seinen ersten Termin bei einem niedergelassenen Psychiater Anfang März wahrnehmen kann, hängt nun vom Regierungspräsidium Karlsruhe ab. Die dortige Pressestelle gab auf TAGBLATT-Nachfrage an: „Eine

Reiseunfähigkeit“ von Sokol Meti liege nach RP-Informationen nicht vor. Inzwischen haben Metis bei der Tübinger Ausländerbehörde zwar ihren Antrag auf eine freiwillige Ausreise unterschrieben.

Sie hoffen aber, dass sie solange in Tübingen bleiben können, bis die ärztlichen Untersuchungen von Sokol Meti abgeschlossen sind und bis geklärt ist, ob die notwendigen Medikamente für ihn in Albanien erhältlich sind. Die Dolmetscherin Caroline Kuka weiß aus Berichten ihrer albanischen Verwandtschaft, dass man in Albanien auf Beziehungen angewiesen ist. „Um überhaupt ins Krankenhaus zu kommen, musst du erst mal den Pförtner extra bezahlen“, erzählt die Deutsch-Albanerin.

In Korça gibt es nach ersten Erzählungen des ältesten Sohnes, der bereits zurückkehren musste, kaum Arbeit. Die Situation habe sich für Roma wie Metis eher verschlechtert. Die von Touristen so geschätzten Märkte wurden zum Teil aufgelöst und in alten Fabriken untergebracht. Wer krank ist, muss die Kosten auslegen. Wer das nicht kann, hat Pech gehabt. Was erwartet Familie Meti zuhause in Korça?

Die Medikamente für Gentjan und Sokol in Höhe von über 700 Euro im Monat können Metis nicht bezahlen, so Linder. Daher hat der Unterstützerkreis ein Konto eingerichtet – „zur Überbrückung“ der ersten Zeit. Das Konto ist auch für andere Rückkehrer Tübingens in ihr Heimatland auf dem Westbalkan gedacht. Diese sind ausdrücklich vom Programm der Bundesregierung „Starthilfe Plus“ ausgeschlossen, so Linder.

Die fünfköpfige Familie Meti wird zu den pflegebedürftigen Schwiegereltern ziehen in eine Zwei-Zimmer-Wohnung. Und Sokol Meti? Momentan kann er wegen seines Gesundheitszustands nicht arbeiten – das Arbeitslosengeld liegt nach seinen Angaben in Albanien bei rund 30 Euro im Monat. Aber er würde gerne wieder Lebensmittel verkaufen. Vielleicht mit seinem ältesten Sohn in den kleinen Dörfern.

**Info** Der Verein „menschen.rechte.tübingen“ e.V. sammelt Spenden für Tübinger Balkanrückkehrer. Konto: Volksbank Tübingen, IBAN DE94 6419 0110 0308 1020 10; BIC: GENODES1TUE; Verwendungszweck: „Perspektiven“

## „Freiwillige Ausreisen“ im Kreis Tübingen

2016 sind im Kreis Tübingen **191 Personen** nach Ablehnung ihres Asylantrags in den Balkan zurückgekehrt. Davon kamen **77 Personen aus Albanien**, 52

aus Mazedonien, 29 aus Serbien, 19 aus dem Kosovo und 14 aus Bosnien-Herzegowina. Wer sich zur freiwilligen Ausreise bereit erklärt, kann einen Antrag beim

Sozialamt stellen zur **Übernahme der Rückreisekosten**. Die Internationale Organisation für Migration IOM bezahlt die Kosten für Bus oder Flug..

## Die Abgeordnete

**Heike Hänsel**, Bundestagsabgeordnete der Linken



## Armutszugnis für die Politik

**Der gestern veröffentlichte** Armutsbericht mehrerer Wohlfahrtsverbände liefert erschreckende Zahlen: die Armut in Deutschland ist auf einen neuen Höchststand von 15,7 Prozent der Bevölkerung angestiegen. Ärmere Menschen haben eine 10 Jahre geringere Lebenserwartung als Reiche, die Altersarmut lag im Jahr 2015 um fast 50 Prozent höher als noch 2005. Diese Zahlen sind ein Armutszeugnis für die Politik, die in den letzten 20 Jahren in Deutschland gemacht wurde, und für alle Parteien, die in dieser Zeit regiert haben. Das darf nicht so weitergehen! Aber die unhaltbaren Zustände ändert man nicht durch Sonntagsreden. Eine Kehrtwende hin zu sozialer Gerechtigkeit erfordert nicht nur vage Ankündigungen à la Schulz, sondern Mut endlich mit der Politik der Agenda 2010 und ihrer neoliberalen Ideologie zu brechen. Wir benötigen nichts Geringeres als die Wiederherstellung des Sozialstaats.

Dazu braucht es Mut zu Taten: Hartz IV beenden, eine Grundsicherung ohne Schikanen und die Wiederherstellung einer Arbeitslosenversicherung, die diesen Namen verdient, Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro, und eine Rentenreform nach dem Vorbild Österreichs, wo immerhin ein Durchschnittsrentner 800 Euro mehr im Monat bekommt. Investitionen in den gemeinnützigen Wohnungsbau, mehr Personal für Kita, Bildung und Pflege. Geld ist genug da, es ist nur äußerst ungerecht verteilt!

Kommende Woche wird am 8. März der Internationale Frauentag gefeiert, doch viele Frauen haben hierzulande nicht viel zu feiern, denn Armut ist nach wie vor weiblich. Das betrifft in hohem Maße sowohl Rentnerinnen als auch Alleinerziehende. Der aktuelle Armutsbericht zeigt, dass die Armutsquote der Alleinerziehenden steigt, obwohl ihre Erwerbstätigenquote seit Jahren zunimmt. Das heißt: Arbeit schützt nicht vor Armut, im Gegenteil. Als Ursachen gelten niedrige Löhne und schlechte Arbeit wie z.B. Mini-Midi-Jobs, Befristung und unfreiwillige Teilzeit in den sogenannten frauentypischen Branchen, wie etwa im Dienstleistungs- und Pflegebereich. Auch das ist eine Folge der Agenda 2010, die zum zweitgrößten Niedriglohnsektor innerhalb der EU geführt hat.

Die Linke will zurück zu einem regulierten Arbeitsmarkt, der gute Arbeit für alle ermöglicht statt Billiglohn, Dauerstress und Maloche bis zum Abwinken. Weg mit der Agenda 2010 ist daher auch ein Beitrag zu mehr Gleichberechtigung! *Archivbild*

Hier schreiben die **Abgeordneten** in den Parlamenten im wöchentlichen Wechsel.